

Umgang mit Schuld nach 1945

8-3H – *Fact-Sheet* von Manuel Neumann, Quellen: TRT; RGG³; KThQ V, 195ff.

Entstehung des Stuttgarter Schuldbekenntnisses

Der in Treysa gewählte Rat der EKD auf seiner Sitzung am 18./19.10.1945 in Stuttgart vor Vertretern der Ökumene eine Erklärung ab, in welcher er die Schuld der evangelischen Christenheit Deutschlands bekannte – es stellte so die Zusammenarbeit mit der Ökumene wieder her. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis beruht auf einem Entwurf von Otto Dibelius und ist beeinflusst von dem Trinitatisbrief von Fritz von Bodelschwingh. Das Bekenntnis wurde u.a. von Landesbischof Wurm, Pastor Niemöller, Bischof Dibelius, Pastor Niesel, Pastor Asmussen und dem späteren Bundespräsidenten Heinemann unterzeichnet.

Das Stuttgarter Schuldbekenntnis

Das Bekenntnis besteht aus 5 Absätzen:

1. Anerkennung der Schuld der Christen in Deutschland: „Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“ (Kernsatz der Erklärung).
2. „In unseren Kirchen soll ein neuer Anfang gemacht werden“. Bitte um Gottes Gebrauch der dt. Kirchen.
3. Es wird gedankt für die ökumenische Gemeinschaft.
4. Der Rat hofft, dass die Kirchen einen Dienst zum Frieden schaffen und der Gewalt entgegenwirken können.
5. Der Rat bittet um einen neuen Anfang für die ganze Christenheit durch den Heiligen Geist.

Auswirkungen

Der Sinn der Erklärung ist nicht das politische Bekenntnis einer „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes. Dieses Missverständnis ist jedoch durch die Formulierung „Solidarität der Schuld“ schon ziemlich früh, vor allem in Deutschland, aufgetaucht. Aufgrund der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Gebieten warnte der Ratsvorsitzende Wurm mit der Schrift „Wort an die Christenheit im Ausland“ Unrecht nicht mit Unrecht zu vergelten, sondern Vergebungsbereitschaft zu zeigen. Am Ende der Debatte stand eine allgemeine Ablehnung des Kollektivschuldgedankens.

Das Darmstädter Wort

Auf der Grundlage eines Entwurfs von H.J. Iwand und nach Überarbeitungen von Niemöller und Barth wurde das „Darmstädter Wort“ am 8.8.1947 vom Bruderrat der EKD einstimmig beschlossen. Es richtet sich in sieben Abschnitten gegen einen neuen Nationalismus und gegen die konservativen Bindungen des deutschen Protestantismus in Vergangenheit und Gegenwart: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen.“ Diese Erklärung des „linken Flügels der BK“ als eine Auslegung des Stuttgarter Schuldbekenntnisses erzielte aber nicht die gewünschte Wirkung. Gründe dafür könnten aus heutiger Sicht sein, dass . .

- 1) kein Wort über die Solidarität mit den Vertriebenen gesagt war,
- 2) von der Judenvernichtung nicht die Rede war,
- 3) der Antisemitismus nur beiläufig erwähnt wird.

Präsident Asmussen kritisierte in einer Stellungnahme vom 19. August 1947 die Überbetonung des Rechts zur Revolution, das Entgegenkommen gegenüber den Linksparteien, die die Mitschuld am Nationalsozialismus trügen, und die reformiert gefärbte Darstellung der Rechtfertigungslehre.

Politische Konsequenzen

So wie die Stuttgarter Schuldklärung eine wichtige Voraussetzung für die Aussöhnung mit den politischen westlichen Nachbarn war, so machten die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ (1950) und die „Ostdenkschrift“ (1965) die deutsche Regierung handlungsfähig für eine neue Ostpolitik.

Auf dem 2.Vatikanischen Konzil bat der polnische Episkopat um Vergebung für das Unrecht an den Vertriebenen. Durch diesen Dialog begann eine Aussöhnung zwischen Kirchen und Völkern in Ost und West.